

Bernische AHV-Zweigstellenleiterinnen und -leiter BAZ

Wegleitung

Fachausweislehrgang für Aufgaben

bernischer AHV-Zweigstellen



Bernische AHV-Zweigstellenleiterinnen und -leiter BAZ

Gestützt auf das Reglement Fachausweislehrgang für Aufgaben bernischer AHV-Zweigstellen, Artikel 1, erlässt der Vorstand des Berufsverbandes bernische AHV-Zweigstellenleiterinnen und -leiter (BAZ) nachstehende Wegleitung, die auf den 3. Mai 2002 in Kraft tritt.

Inhalt

- I. Prüfungsziele
- II. Anforderungsstufen
- III. Prüfungsstoff
- IV. Anmeldung / Prüfungszulassung
- V. Zugelassene Hilfsmittel

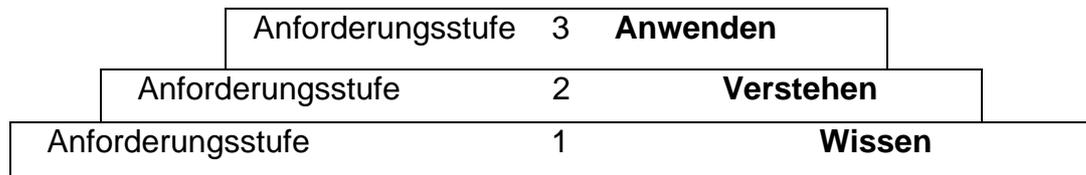
I. Prüfungsziel

Die Fachprüfung hat den Zweck,

- a) Bewerberinnen/Bewerbern zur Förderung der fachlichen Kompetenz und zur Steigerung der beruflichen Effizienz erweiterte Fachkenntnisse im Bereich der bernischen AHV-Zweigstellen zu vermitteln;
- b) den bernischen AHV-Zweigstellen, den Ausgleichskassen sowie anderen Sozialversicherungen qualifizierte Fachleute zur Verfügung zu stellen.

II. Anforderungsstufen

An den Prüfungen haben sich die zu Prüfenden nicht nur über schulisches Wissen, sondern auch über das in der Praxis erworbene Können, ergänzt durch theoretische Kenntnisse, auszuweisen. Die Anforderungen sind mit folgenden Taxonomiestufen (Pyramide) definiert:



Stufe	Taxonomie	Erklärung
1.	Wissen	<p>Dazu gehören alle Prüfungsstoffe, die eine Kandidatin/ein Kandidat aufzählen, beschreiben, zeigen, wiedergeben, schildern, nennen, niederschreiben oder hersagen kann.</p> <p>Die Kandidatin/der Kandidat muss den Prüfungsstoff verstehen, d.h. es wird gelerntes Wissen gefragt.</p> <p>Prüfungsfragen</p> <ul style="list-style-type: none">• Nennen Sie ...• Beschreiben Sie ...• Zählen Sie die wichtigsten ... usw.
2.	Verstehen	<p>Hierbei geht es darum, herauszufinden, ob die Kandidatin/der Kandidat in der Lage ist, den Prüfungsstoff zu gliedern, zu erklären, zu definieren, zu interpretieren, darzustellen (inkl. einfacher Berechnung), nachzuschlagen, nachzuführen usw.</p> <p>Die Kandidatin/der Kandidat muss das Wissen auf konkrete Situationen anwenden und Probleme in einem vorgeschulten Kontext lösen.</p> <p>Prüfungsfragen</p> <ul style="list-style-type: none">• Erklären Sie die Zusammenhänge zwischen ...• Gliedern Sie diese Aufstellung nach Wichtigkeit in Bezug auf ...• Definieren Sie die Rolle des ... im ... usw.

3.	Anwenden	<p>In dieser höchsten Stufe der Taxonomie geht es darum, ob die Kandidatin/der Kandidat den Prüfungsstoff anwenden, berechnen, lösen, beurteilen, bewerten, entscheiden, vergleichen, begründen, umsetzen, analysieren, entwickeln, abwägen usw. kann.</p> <p>Der Kandidat muss praxisnahe Problemstellungen analysieren, notwendige Lösungselemente selber erarbeiten und einen praxisgerechten Lösungsvorschlag entwickeln.</p> <p>Prüfungsfragen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Berechnen Sie den Leistungsanspruch für folgenden Fall ... • Wie beurteilen Sie ... • Welche Schlüsse ziehen Sie aus ... • Entwickeln Sie ...
----	----------	---

III. Prüfungsstoff

Nachstehend werden Prüfungsstoffe, deren Anforderungsstufen und **Mindestanzahl** Lektionen präsentiert.

	Prüfungsgebiete / Lerninhalte	Tax- stufe	Anz. Lekt.
1	Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB) / AHV-Zweigstellen		3
1.0	<p>Organisation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der AKB inkl. Aufsichtsbehörde Familienausgleichkasse inkl. Ablauf Posteingang/-ausgang • Der Zweigstellen was für Trägerschaften fachliche und administrative Unterstellung Aufsicht Zweigstellenhandbuch • Finanzierung der AKB der Familienausgleichkasse der AHV-Zweigstellen • Revisionsstellen wer überprüft die AKB, wer die Arbeitgeber • Kassenzugehörigkeit wer hat wann mit welcher Ausgleichkasse abzurechnen • Zusammenarbeit IV-Stelle – Ausgleichskasse 	1	

1.1	Aufgaben <ul style="list-style-type: none"> • Hauptaufgaben der Kantonalen Ausgleichskassen, der Verbandsausgleichskassen, der Schweizerischen und der Eidgenössischen Ausgleichskasse aufzählen, welche Aufgaben werden wo durchgeführt • Auflisten der Aufgaben der Zweigstellen • Die Amtshilfe staatlicher Stellen • Hilfsmittel • Archivierung 	1	
1.2	Rechtsgrundlagen Überblick über gesetzlichen Grundlagen	2	

2	Soziale Sicherheit Das Prüfungsfach „soziale Sicherheit“ umfasst Geschichte und Struktur sowie volkswirtschaftliche und rechtliche Aspekte der sozialen Sicherheit.		4
2.0	Geschichte		
2.0.1	Grundlagen Vorläufer der Sozialversicherung <ul style="list-style-type: none"> • Geistige, politische und wirtschaftliche Grundlagen, die zur Sozialversicherung führten, erläutern. • Wegweisende Vorbilder für die Sozialpolitik (z.B. Bismarck, Beveridge, Roosevelt, internationale Abkommen) beschreiben. 	2	
2.0.2	Entstehung und Entwicklung der Sozialversicherung Einzelne Entwicklungsstufen in den Zeitperioden <ul style="list-style-type: none"> • bis nach dem Ersten Weltkrieg, • zwischen den beiden Weltkriegen, • nach dem Zweiten Weltkrieg, • bis heute. 	2	
2.0.3	Aktuelle Tendenzen in der Sozialpolitik und den einzelnen Sozialversicherungszweigen.	2	
2.1	Struktur		
2.1.1	Grundlagen <ul style="list-style-type: none"> • Elemente der Sozialpolitik. • Gestaltungsprinzipien der Sozialen Sicherheit (Versorgungs-, Versicherungs- und Fürsorgeprinzip). • Final- und Kausalprinzip. 	2	
2.1.2	Sozialversicherung <ul style="list-style-type: none"> • Wesensmerkmale der Versicherung. • Prinzipien in der Sozialversicherung (insbesondere Äquivalenz- und Solidaritätsprinzip). 	2	
2.1.3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterschied von Privat- und Sozialversicherung. 	2	

2.1.4	<p>Rahmenbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> Einflussfaktoren (Demographie, Wirtschaftswachstum, Lebens-/Arbeitsformen, internationale Einflüsse, Ethik / Werthaltung) und deren Konsequenzen auf die einzelnen Sozialversicherungszweige. Elemente der „neuen Armut“ und mögliche Lösungswege. <p>Strukturmerkmale Organisation, Finanzierung (Finanzierungsverfahren, Lohnprozente, Steuern) und Trägerschaft der einzelnen Sozialversicherungszweige; versicherte Personenkreise und Tatbestände.</p>	2	
2.2	Recht		
2.2.1	Stufenordnung der Rechtserlasse (Beispiele).	2	
2.2.2	Allgemeine Rechtsgrundsätze im Verwaltungsrecht (Rechtsgleichheits-Verbot; Verhältnismässigkeits-Prinzip / Übermass-Verbot; Grundsatz von Treu und Glauben; Rückwirkungs-Verbot; Willkür-Verbot; Grundsatz des rechtlichen Gehörs; Erfordernis der gesetzlichen Grundlagen; Verbot der Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung; Unentgeltliche Prozessführung und Verbeiständung.	2	
2.2.3	Grundsätze der Rechtspflege und die Bedeutung im Bereich der Sozialversicherung.	2	
2.2.3	Grundsätze des Regressrechts.	1	
2.3	Volkswirtschaft		
2.3.1	Kennziffern der Sozialversicherung.	2	
2.3.2	Für die Sozialversicherung relevante Zusammenhänge, insbesondere		
	<ul style="list-style-type: none"> Bruttoinlandprodukt im Zusammenhang mit den Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung. Soziallast- und -leistungsquote. Bestehende Umverteilungsmechanismen. 		
2.3.3	Volkswirtschaftlich relevante Auswirkungen der einzelnen Sozialversicherungszweige (z.B. Anlagevolumen).	2	

3	Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)		16
3.0	Geschichte	1	
3.1	Gesetz, Organisation, Träger	1	
3.1.1	Rechtliche Grundlagen.		
3.1.2	Die von der Bundesverfassung gesetzten Ziele.		
3.1.3	Die an der Durchführung beteiligten Behörden und Institutionen sowie ihre Rollen und ihr Zusammenwirken.		
3.2	Versicherte Personen	2	
3.2.1	Kreis der obligatorisch versicherten Personen.		
3.2.2	Rechtliche Stellung der Ausländer, Flüchtlinge und Staatenlosen.		
3.2.3	Grundsatz und Zweck der zwischenstaatlichen Abkommen.		
3.2.4	Möglichkeit der freiwilligen Versicherung.		

3.3	Beitragswesen	2	
3.3.1	Beitragspflicht.		
3.3.2	Beitragsobjekt.		
3.3.3	Beitragsfestsetzung.		
3.3.4	Beitragsbezug.		
3.3.5	Funktion von Versicherungsausweis und individuellem Beitragskonto (IK).		
3.4	Versicherte Risiken	2	
3.4.1	Die versicherten Risiken und leistungsberechtigten Personen.		
3.4.2	Verhältnis zwischen Versicherteneigenschaft, Beitragspflicht und Leistungsanspruch.		
3.5	Leistungen und deren Bemessung	2	
3.5.1	Rentenarten samt Anspruchsvoraussetzungen, Anspruchsdauer und Verhältnis zur einfachen Altersrente.		
3.5.2	Aufgrund der gegebenen Daten und gesetzlichen Grundlagen eine ordentliche Rente berechnen.		
3.5.3	Anspruchsvoraussetzungen für Hilfsmittel und Hilflosenentschädigungen für Altersrentner.		
3.6	Finanzierung	1	
3.6.1	Finanzierungssystem.		
3.6.2	Finanzierungsquellen.		
3.7	Verfahren / Rechtspflege	2	
3.7.1	Begriff der Verfügung.		
3.7.2	Beschwerde-, Klage-, Straf- und Regressverfahren.		
3.8	Koordination und Kooperation	1	
3.8.1	Auswirkung der Leistungskumulation im Zusammenhang mit anderen Sozialversicherungszweigen.		
3.9	Aktuell	1	
3.10	Aufgaben der AKB	1	
3.11	Aufgaben der AHV-Zweigstelle	3	
3.11.1	Ermitteln und erfassen aller nicht einer Verbandsausgleichskasse angeschlossenen Beitragspflichtigen.		
3.11.2	Tätigkeiten bei der Festsetzung und dem Bezug der persönlichen Beiträge.		
3.11.3	Tätigkeiten bei der Abrechnung und dem Bezug der Lohnbeiträge.		
3.11.4	Tätigkeiten bei der Ausstellung und Änderung von AHV-Versicherungsausweisen.		
3.11.5	Tätigkeiten bei der Eröffnung und der Nachführung der individuellen Konti.		
3.11.6	Tätigkeiten bei der Festsetzung und den Änderungen von Leistungsansprüchen.		

4	Invalidenversicherung (IV)		6
4.0	Geschichte	1	
4.1	Gesetz, Organisation, Träger	1	
4.1.1	Rechtliche Grundlagen.		
4.1.2	Die von der Bundesverfassung gesetzten Ziele.		
4.1.3	Die an der Durchführung beteiligten Behörden und Institutionen sowie ihre Rollen und ihr Zusammenwirken.		

4.2	Versicherte Personen	2	
4.2.1	Kreis der obligatorisch versicherten Personen.		
4.2.2	Rechtliche Stellung der Ausländer, Flüchtlinge und Staatenlosen.		
4.2.3	Grundsatz und Zweck der zwischenstaatlichen Abkommen.		
4.2.4	Möglichkeit der freiwilligen Versicherung.		
4.3	Beitragswesen	2	
4.3.1	Beitragspflicht.		
4.3.2	Beitragsobjekt.		
4.3.3	Beitragsfestsetzung.		
4.3.4	Beitragsbezug.		
4.4	Versicherte Risiken	2	
4.4.1	Invaliditätsbegriff.		
4.4.2	Zusammenhang zwischen Invalidität und Leistungsanspruch.		
4.5	Leistungen und deren Bemessung	2	
7.5.1	Individuelle Leistungen: <ul style="list-style-type: none"> • Eingliederungsmassnahmen inkl. IV-Taggeld • Renten • Hilflosenentschädigungen 		
7.5.2	Kollektive Leistungen.		
4.6	Finanzierung	1	
7.6.1	Finanzierungssystem.		
7.6.2	Finanzierungsquellen.		
4.7	Verfahren / Rechtspflege	2	
4.7.1	Das Verfahren von der Anmeldung bis zum Entscheid von Leistungen.		
4.7.2	Rechtspflege.		
4.8	Koordination und Kooperation	1	
4.8.1	Das Zusammenwirken von Leistungen mit den übrigen Sozialversicherungszweigen.		
4.8.2	Rückgriff auf haftpflichtige Dritte.		
4.9	Aktuell	1	
4.10	Aufgaben der IV-Stelle Bern	1	
4.11	Aufgaben der AKB	1	
4.12	Aufgaben der AHV-Zweigstelle	1	
4.12.1	Aufgaben bei der Festsetzung und den Änderungen von Leistungsansprüchen.		

5	Ergänzungsleistungen zur AHV/IV		12
5.0	Geschichte	1	
5.1	Gesetz, Organisation, Träger	1	
5.1.1	Rechtliche Grundlagen der EL (3-Säulen-Prinzip).		
5.1.2	Die von der Bundesverfassung gesetzten Ziele.		
5.1.3	Die an der Durchführung beteiligten Behörden und Institutionen sowie ihre Rollen und ihr Zusammenwirken.		
5.1.4	Zuständigkeit Bund/Kanton.		
5.2	Versicherte Personen (Anspruchsvoraussetzungen)	2	
5.2.1	Kreis der versicherten Personen (persönliche und materielle Anspruchsvoraussetzungen).		

5.3	Beitragswesen	2	
5.4	Versicherte Risiken	2	
5.4.1	Beginn und Ende des Leistungsanspruchs.		
5.5	Leistungen und deren Bemessung Wiederkehrende Leistungen / laufende Ergänzungsleistungen. Krankheitskosten, behinderungsbedingte Mehrkosten und Hilfsmittel.	3	
5.6	Finanzierung	1	
5.6.1	Finanzierungssystem.		
5.6.2	Finanzierungsquellen.		
5.7	Verfahren / Rechtspflege	2	
5.7.1	Anmeldeverfahren.		
5.7.2	Beschwerdeverfahren.		
5.7.3	Rückerstattung/Erlass.		
5.8	Koordination und Kooperation	1	
5.8.1	Verhältnis zu anderen Sozialversicherungszweigen und zur Sozialhilfe.		
5.9	Aktuell	1	
5.10	Aufgaben der AKB	1	
5.11	Aufgaben der AHV-Zweigstelle	3	
5.11.1	Berechnung des Anspruchs bzw. Einnahmenüberschusses bei Neuanmeldungen sowie Revisionen.		
5.11.2	Tätigkeiten bei den Krankheits- und Behinderungskosten.		

6	Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee und Zivildienst (EO) und Mutterschaftsentschädigung (MSE)		4
6.0	Geschichte		
6.1	Gesetz, Organisation, Träger	1	
6.1.1	Rechtliche Grundlagen.		
6.1.2	Die von der Bundesverfassung gesetzten Ziele.		
6.1.3	Die an der Durchführung beteiligten Behörden und Institutionen sowie ihre Rollen und ihr Zusammenwirken.		
6.2	Versicherte Personen	2	
6.2.1	Kreis der Entschädigungsberechtigten.		
6.3	Beitragswesen	2	
6.3.1	Beitragspflicht.		
6.3.2	Beitragsobjekt.		
6.3.3	Beitragsfestsetzung.		
6.3.4	Beitragsbezug.		
6.3.5	Verhältnis zwischen Beitragspflicht und Leistungsanspruch.		
6.4	Versicherte Risiken	2	
6.4.1	Entschädigungsberechtigte Dienstleistungen mit den wichtigsten Besonderheiten.		
6.5	Leistungen und deren Bemessung	2	
6.5.1	Die einzelnen Entschädigungsarten und deren Bemessung.		
6.5.2	Anhand einer EO-/MSE-Tabelle eine Entschädigung berechnen.		

6.6	Finanzierung	1	
6.6.1	Finanzierungssysteme.		
6.6.2	Finanzierungsquellen.		
6.7	Verfahren / Rechtspflege	2	
6.7.1	Das Anmelde- und Bezugsverfahren.		
6.7.2	Nachforderung und Rückerstattung von Entschädigungen.		
6.7.3	Verfahren bei Anfechtung von Entschädigungsbemessung und -zahlung.		
6.8	Koordination und Kooperation	1	
6.8.1	Das Zusammenfallen von Entschädigungen und Lohnanspruch erläutern.		
6.8.2	Verhältnis zu den anderen Sozialversicherungszweigen.		
6.8.3	Anspruchsberechtigung bei Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit usw.		
6.9	Aktuell	1	
6.10	Aufgaben der AKB	1	
6.11	Aufgaben der AHV-Zweigstelle	1	
6.11.1	Tätigkeiten bei der Festsetzung und den Änderungen von Leistungsansprüchen.		

7	Familienzulagenordnungen (FZ), insbesondere die im Kanton Bern geltenden Regelungen		4
7.0	Geschichte	1	
7.1	Gesetz, Organisation, Träger	1	
7.1.1	Rechtliche Grundlagen.		
7.1.2	Die von der Bundesverfassung gesetzten Ziele.		
7.1.3	Die an der Durchführung beteiligten Behörden und Institutionen sowie ihre Rollen und ihr Zusammenwirken.		
7.2	Versicherte Personen	2	
7.2.1	Kreis der versicherten Personen in den verschiedenen Leistungssystemen.		
7.3	Beitragswesen	2	
7.3.1	Beitragspflicht.		
7.3.2	Beitragsobjekt.		
7.3.3	Beitragsfestsetzung.		
7.3.4	Beitragsbezug.		
7.4	Versicherte Risiken	2	
7.4.1	Anspruchsbedingungen für die verschiedenen Arten von Familienzulagen.		
7.4.2	Kreis der zulageberechtigten Kinder.		
7.5	Leistungen und deren Bemessung	2	
7.5.1	Die verschiedenen Arten und Ansätze der Familienzulagenordnungen sowie die Besonderheiten im Kanton Bern.		
7.5.2	Beginn und Beendigung der Bezugsberechtigung.		
7.5.3	Anspruchskonkurrenzen.		
7.5.4	Anspruchsberechtigung bei Krankheit, Unfall, Tod, Arbeitslosigkeit, Militärdienst und Mutterschaft.		

7.6	Finanzierung	1	
7.6.1	Finanzierungssysteme.		
7.6.2	Finanzierungsquellen.		
7.7	Verfahren / Rechtspflege	2	
7.7.1	Verfahren zum Geltendmachen einer Familienzulage.		
7.7.2	Nachforderung und Rückerstattung von Zulagen.		
7.8	Koordination und Kooperation	1	
7.8.1	Die Auswirkungen der Leistungskumulation im Zusammenhang mit anderen Sozialversicherungszweigen.		
7.9	Aktuell	1	
7.10	Aufgaben der AKB	1	
7.11	Aufgaben der AHV-Zweigstelle	1	
7.11.1	Tätigkeiten bei der Festsetzung und den Änderungen von landwirtschaftlichen Familienzulagen.		
7.11.2	Tätigkeiten bei der Festsetzung und den Änderungen von Familienzulagen.		

8	Pro Werke Pro Senectute, Pro Infirmis, Pro Juventute		3
8.0	Organisation	1	
8.1	Zuständigkeiten	1	
8.2	Dienstleistungen und Angebote	1	
8.3	Standorte	1	
8.4	Schnittstellen zur AHV-Zweigstelle	2	

Repetitorium	$\frac{1}{2}$ -1 Tag
---------------------	----------------------

IV. Anmeldung und Prüfungszulassung

Massgebend sind die Bestimmungen des Reglementes Fachausweislehrgang für Aufgaben bernischer AHV-Zweigstellenleiter.

Die Prüfungen werden im Kanton Bern abgehalten. Die Prüfungen werden in geeigneter Form ausgeschrieben, unter Hinweis auf den Bezug der Anmeldeformulare. Die Anmeldung ist fristgerecht mit dem offiziellen Formular des Verbandes bernischer AHV-Zweigstellenleiter einzureichen, gleichzeitig ist die Prüfungsgebühr zu entrichten.

Über die Prüfungszulassung entscheidet die Ausbildungskommission. Deren Entscheidung wird nach Ablauf der Anmeldefrist schriftlich mitgeteilt (Ablehnung begründet, mittels Einschreiben). Die Kandidaten erhalten sechs Wochen vor Prüfungsbeginn das Prüfungsprogramm mit Angaben über Ort und Zeitpunkt sowie das Expertenverzeichnis.

V. Zugelassene Hilfsmittel

An der Prüfung sind folgende Hilfsmittel zugelassen:

- Persönliches Schreibzeug (Kugelschreiber / Füllfeder);
- Nicht-druckender, Netz-unabhängiger Taschenrechner;
- Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Systematische Sammlung des Bundesrechts): In diesen Ausgaben sind kurze, persönliche, handschriftliche Vermerke (z.B. Hinweis auf Verordnungsartikel) und Markierungen erlaubt. Nicht zugelassen sind ganze Sätze oder Abschnitte (Abschriften aus Lehrbüchern) und kopierte Beilagen. Zuwiderhandlungen führen zum Ausschluss von der Prüfung.
- Rententabellen;
- Beitragstabellen SE und NE.

Thun, 23. Juni 2005 pr

Thun, 19. März 2009 pr